

Heidelberg, 04.04.2008

Grüne begrüßen kostenklaren Bürgerentscheid

„Wir sind froh, dass der Bürgerentscheid kommt“, so Gerhard Pitz, Kreisvorsitzender der Heidelberger Grünen. Und ergänzt: „Der Gemeinderat hat eine kluge Entscheidung getroffen.“ Schon am Abend vor der Gemeinderatssitzung hatte sich eine Mitgliederversammlung der Grünen deutlich für einen kostenklaren Bürgerentscheid ausgesprochen. „Mit dem Beschluss des Gemeinderats, einen eigenen Bürgerentscheid einzuleiten“, stellt Stadtrat Christian Weiss (Bündnis 90/Grüne) fest „konnten wir einen langwierigen Gerichtsprozess mit ungewissem Ausgang vermeiden.“ Die Stadtverwaltung empfahl dem Gemeinderat aufgrund eines Rechtsgutachtens, das vorliegende Bürgerbegehren für unzulässig zu erklären. Wäre der Gemeinderat der Empfehlung gefolgt, wäre eine Klage der Initiatoren zu erwarten gewesen. Diese Zeitverzögerung konnte verhindert werden. Der Gemeinderat folgte dem Vorschlag der Grünen-Stadträte Kai Dondorf, Barbara Greven-Aschoff und Christian Weiss. Er beschloss am Donnerstagabend ohne Gegenstimmen einen Bürgerentscheid aus der Mitte des Gemeinderats.

„Wir freuen uns, dass der Bürgerentscheid ohne Hängepartie noch vor der Sommerpause stattfindet“, erklärt Barbara Greven-Aschoff. „Besonders wichtig ist uns das Signal des Gemeinderats, bei seinem Bürgerentscheid für Kostenklarheit zu sorgen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, dass der Erhalt der städtischen Wohnungen nicht zum Nulltarif zu haben ist. Allein die Sanierung der Gebäudesubstanz kostet mindestens 12 Millionen Euro. Das müssen die Heidelberger bei einem Nein zum Verkauf der Wohnungen berücksichtigen.“

Dass der Vorschlag zur Kostendeckung zunächst nicht aufgegriffen wurde, sei zu verkraften. Die Grüne Mitgliederversammlung hatte empfohlen, zur Kostendeckung den Grundsteuerhebesatz zu erhöhen.

„Wie die zusätzlichen Kosten finanziert werden sollen, stellen wir gerne zur

Diskussion“, räumt Gerhard Pitz ein. „Aber wir wollen echte Bürgerbeteiligung. Das bedeutet für uns, dass wir mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch darüber reden wollen, wo das Geld für die getroffenen Entscheidungen herkommt.“ Gelegenheit hierzu bietet eine Begleitbroschüre zum Entscheid, die an alle Haushalte verteilt wird.

Die Grünen sprachen sich auf ihrer Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit dafür aus, dass die Wohnungen auf dem Emmertsgrund im städtischen Besitz bleiben. Sie wissen aber, dass sie damit der Stadt eine erhebliche und langfristige finanzielle Verpflichtung auferlegen. „Für den Emmertsgrund wäre überhaupt nichts gewonnen, wenn nur der Verkauf verhindert würde, aber sich an der Gebäudesubstanz und den Lebensverhältnissen nichts verbessert. Deshalb müssen wir gutes Geld für den Emmertsgrund in die Hand nehmen. Das muss allen klar sein“, fordert Barbara Greven-Aschoff.